

Atomwaffen weltweit u. in Deutschland abrüsten!

Verhandlungen zu einem Atomwaffenverbotsvertrag

nuclear ban negotiations

Angeregt durch die Staaten Österreich, Irland, Mexiko, Brasilien, Nigeria und Südafrika verabschiedete die UN-Generalversammlung am 23.12.2016 eine historische Resolution:

Am 27. März 2017 sollen Verhandlungen zu einem Atomwaffenverbotsvertrag beginnen.

113 UN-Mitgliedsstaaten stimmten für die Resolution,

35 stimmten dagegen, darunter alle NATO-Staaten **inklusive Deutschland** außer den Niederlanden,

13 enthielten sich, u.a. China und Indien.

Unterstützung der Resolution kam vor allem aus den Ländern des globalen Südens.

Ausgangslage:

Neun Länder der Erde besitzen zusammen über 19000 Atomwaffen, davon werden von Russland und den USA ca. 2000 in höchster Alarmbereitschaft gehalten, d.h. sind binnen Minuten einsatzbereit.

In Europa sind im Rahmen der „nuklearen Teilhabe“ der NATO in Belgien, Deutschland, Italien, den Niederlanden und der Türkei US-Atomwaffen stationiert.

Weitere 23 Länder „verlassen“ sich für ihre Sicherheit auf die Atomwaffen der USA.

Mehr als 40 Staaten haben Atomreaktoren, in denen Material für Atomwaffen aufbereitet und die Bombe entwickelt werden könnte.

Es wächst die Gefahr, dass auch Terroristen in den Besitz von atomaren Sprengköpfen kommen könnten.

Dass Atomwaffen weiterverbreitet und eingesetzt werden, kann man nur verhindern, indem man sie vernichtet.

Vier Jahrzehnte nach seinem Inkrafttreten fehlt es dem Atomwaffensperrvertrag (Nonproliferation-Treaty – NPT) an effektiven Mechanismen, um eine Welt ohne Atomwaffen zu verwirklichen. Es existiert kein Plan, der die Abschaffung der Atomwaffen regelt. Die Atomkräfte weigern sich nicht nur, wirksam abzurüsten, vielmehr modernisieren sie mit horrenden Summen ihr Waffenarsenal.

Die Begehrlichkeit anderer Staaten, selbst Atomwaffen zu besitzen, wächst.

Gleichzeitig ist die Mehrheit der Weltbevölkerung, durchschnittlich 76%, für die Abschaffung, selbst in den atomwaffenbesitzenden Staaten.

In Deutschland sind es 93 % !

Argumente für die Abschaffung - Unvorstellbares menschliches Leid

Die Explosion einer 100-Kilotonnen-Atombombe (6 Hiroshima-Bomben) verursacht im 3 km-Radius einen radioaktiven Feuerball, heißer als die Sonne, der alles tötet und verdampft.

Im 5 km-Radius sterben die meisten Menschen an Verletzungen, Ersticken, durch die Druckwelle oder akuter Strahlenkrankheit.

Im 10 km-Radius sterben 50% der Menschen an Verletzungen und Verbrennungen.

Es gibt keine medizinische Hilfe, keinerlei Linderung der Schmerzen, da die medizinische Versorgung vollkommen zusammengebrochen ist.

Im 80 km-Radius führt radioaktiver Niederschlag zu Spätfolgen: Tausende sterben mit der Zeit an Krebs. Genschäden führen zu Fehl- und Totgeburten und zu Missbildungen. Auch Uranabbau und Atomtests verursachen lebensbedrohliche Krankheiten und pränatale Schäden.



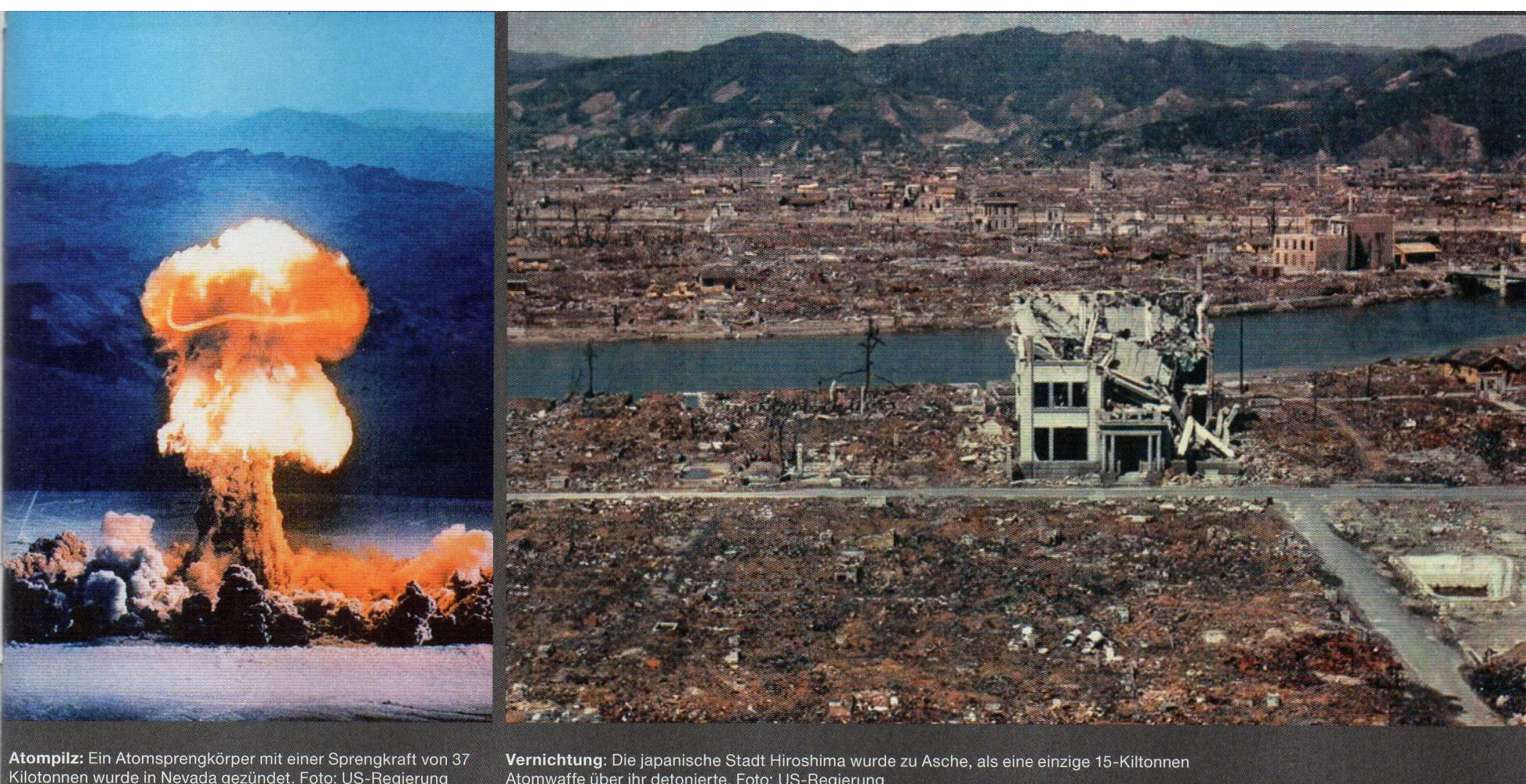
Radioaktive Einäscherung von Städten:

zum Beispiel ein **Terroranschlag** mit einer 12,5 kt-Atombombe in einem New Yorker Verladehafen:

- ⇒ 52000 Menschen würden sofort durch Druckwelle und Hitze sterben
- ⇒ 238000 wären direkt radioaktiver Strahlung ausgesetzt
- ⇒ 1,5 Millionen dem radioaktiven Fallout.
- ⇒ Insgesamt würden mehr als 200000 Menschen sterben.

Ein **regional begrenzter Atomkrieg** mit 100 Waffen von der Größe der Hiroshima-Bombe hätte 10 Millionen Tote und eine beispiellose globale Klimastörung zur Folge.

Ein **Atomkrieg zwischen Russland und den USA** mit 500 Sprengköpfen auf große Städte beider Länder würde 100 Millionen Menschenleben in der ersten halben Stunde fordern und mehrere 10 Millionen wären tödlich verletzt. Weite Teile beider Länder würden von radioaktivem Fallout bedeckt, der die meisten Amerikaner und die meisten Russen in den folgenden Monaten durch Strahlenkrankheit und Epidemien töten würden.



Atompilz: Ein Atomsprenkörper mit einer Sprengkraft von 37 Kilotonnen wurde in Nevada gezündet. Foto: US-Regierung

Vernichtung: Die japanische Stadt Hiroshima wurde zu Asche, als eine einzige 15-Kilotonnen Atomwaffe über ihr detonierte. Foto: US-Regierung

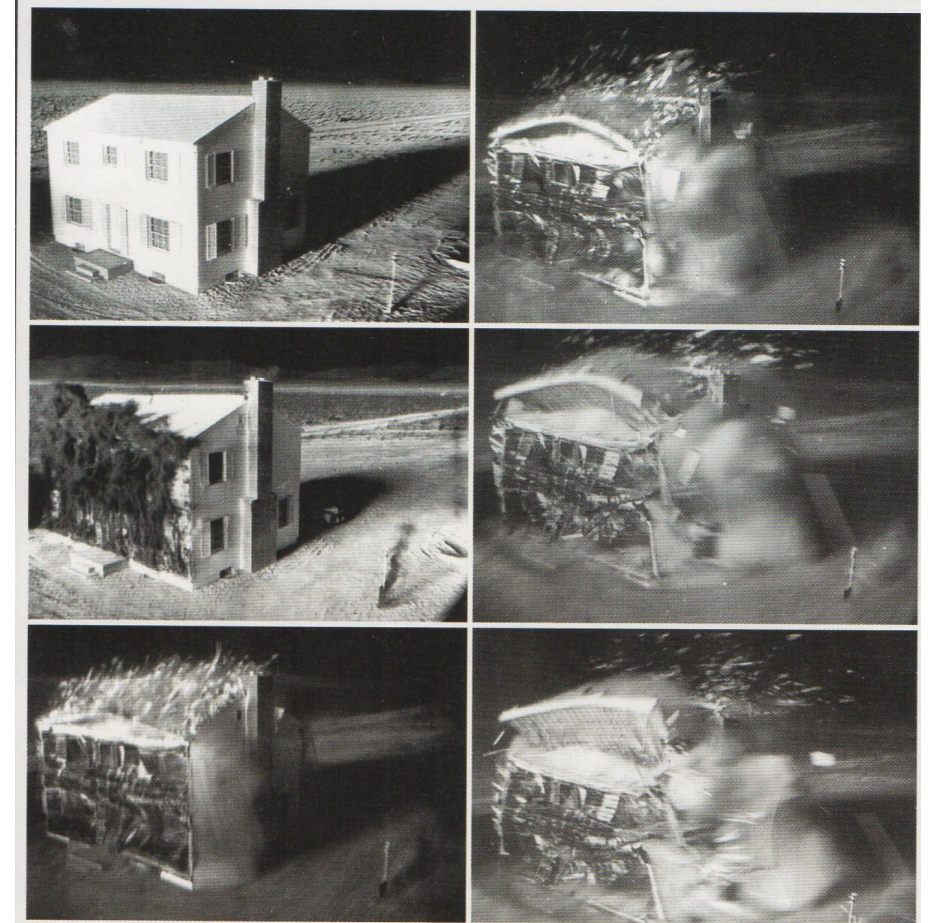
Umwelt:

Nuklearer Winter:

Rauch und Staub von weniger als 100 Atomexplosionen hätte eine abrupte Absenkung der globalen Temperatur und des Niederschlags zur Folge, weil etwa 10% des Sonnenlichts die Erde nicht mehr erreichen würde. Ein Kollaps der weltweiten Landwirtschaft über Jahre und Hungersnot für ein bis zwei Milliarden Menschen mit Epidemien, Umweltkonflikten und massenhafter Flucht wäre die Konsequenz.

Ein massiver **Abbau der Ozonschicht** mit einem starken Anstieg der UV-Strahlung hätte beträchtliche Auswirkungen auf die Gesundheit von Menschen und Tieren etwa in Form von Hautkrebs, Ernteschäden und der Zerstörung des Lebens in den Meeren.

Die **Infrastruktur** der betroffenen Länder wäre komplett zerstört, AKWs bedeuten zusätzliche schmutzige Atombomben.



Haus, 1 km vom Epizentrum entfernt, wird bei einem Atomwaffentest in Nevada, 1953, binnen 2 Sekunden völlig zerstört.

Sicherheit:

Atomwaffen sind eine direkte, ständige **Bedrohung** für die Menschheit und fördern das Misstrauen zwischen den Staaten. Sie wecken bei Staaten, die selbst keine Atomwaffen besitzen, den Wunsch nach atomarer Bewaffnung. Sie bergen das Risiko einer Anwendung entweder durch verrückte Militärstrategen oder Regierungen oder durch einen Fehlarbeit.

Je länger diese Waffen in der Welt sind, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit ihres Einsatzes.

Ökonomie:

Die neun Atomwaffenstaaten geben zusammen jährlich ca. 105 Milliarden US-Dollar für den Erhalt und die Modernisierung ihrer Atomwaffenarsenale aus.

105 Milliarden US-\$ entspricht dem regulären Etat der UNO für 45 Jahre. Allein die USA investieren 60 Milliarden Dollar jährlich (vor einer Erhöhung des Wehretats durch Trump), genug um die international vereinbarten Millenniumsziele hinsichtlich der Bekämpfung von Armut und Hunger zu erreichen.

Im Vergleich dazu: Das für die Abschaffung von Atomwaffen zuständige Hauptorgan der UNO – Office for Disarmament Affairs – hat ein jährliches Budget von 10 Millionen US-Dollar!!

Völkerrecht:

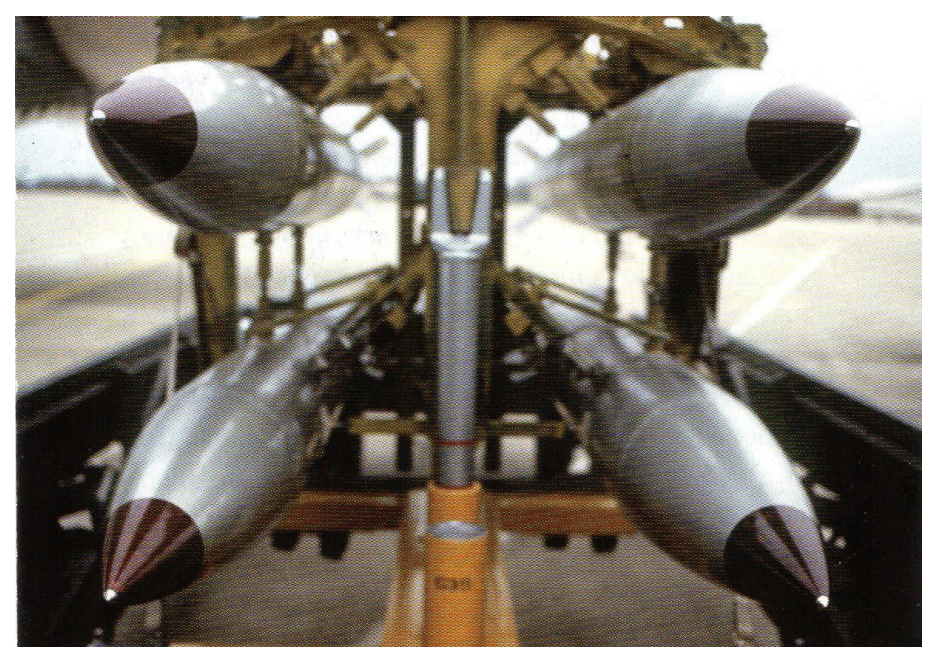
Der Einsatz von Atomwaffen verstößt gegen das humanitäre Völkerrecht, weil Atomwaffen in ihrer Wirkung nicht zwischen am Krieg beteiligten und unbeteiligten Ländern unterscheiden, da ihre Wirkung weder räumlich noch zeitlich (!) zu begrenzen ist (Spruch des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag 1996).

In einem Atomwaffenverbotsantrag soll das Verbot juristisch völkerrechtlich verbindlich festgeschrieben werden, wie das bei biologischen und chemischen Waffen, Landminen und Streumunition bereits gelungen ist.

Auch wenn die Atomwaffenbesitzenden Staaten derzeit nicht an den Verhandlungen teilnehmen, wird doch der politische und moralische Druck auf sie erhöht, die dann für illegal erklärten Waffen abzurüsten.

Die Rolle der Bundesrepublik Deutschland bei den Verbotsverhandlungen und ihr Verhältnis zu den Atomwaffen:

Deutschland hat gegen die UN-Resolution gestimmt und nimmt auch an den Verhandlungen nicht teil. Es folgt damit der Aufforderung (Non-paper) der US-Administration an die NATO-Partner mit „Nein“ zu stimmen, denn die NATO verstehe sich, „solange Nuklearwaffen existieren“, als eine „Nukleare Allianz“. Die Reaktion von Deutschland ist nicht zwingend für einen NATO-Partner. Die Niederlande haben sich der Stimme enthalten und nimmt an den Verhandlungen teil.



Obwohl der deutsche Bundestag am 26. März 2010 mit großer, parteiübergreifender Mehrheit in einer Resolution die Regierung aufgefordert hat, auf den Abzug der verbliebenen US-Atomraketen auf deutschem Boden hinzuwirken, hat die Regierung nichts unternommen, im Gegenteil: Die in Büchel in der Eifel gelagerten 20 Atomwaffen sollen von deutschen Bundeswehrsoldaten mit deutschen Tornados ins Zielgebiet verbracht werden im Rahmen der „nuklearen Teilhabe“ der nicht Atomwaffenbesitzenden NATO-Staaten.

Die bisherigen B61-Bomben sollen modernisiert werden, d.h. „dumme“ frei fallende Bomben sollen durch „smarte“ Lenkwaffen ersetzt werden. Die Gefahr ihrer Anwendung wächst.

93 % der deutschen Bevölkerung sind für ein Verbot von Atomwaffen.

Deshalb finden am Fliegerhorst der Bundeswehr in Büchel jährlich vom 26. März bis zum 09. August Blockaden und Mahnwachen statt. Verschiedene Friedensinitiativen und Einzelpersonen nehmen daran teil.

Quellen:

ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons)

IPPNW (International Physicians for the Prevention of Nuclear War)



Blockade in Büchel am 27. Juni 2016